

## Stellungnahme des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Bau, Wohnen,  
Stadtentwicklung und Kommunen  
Ausschussdrucksache  
19(24)267-D

23.02.2021

## Öffentliche Anhörung zum Thema Bauwende im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

### Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP „Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen“ (BT-Drucksache 19/26178)

#### Feststellungen des Antrags

In Deutschland muss trotz der in den letzten Jahren steigenden Fertigstellungen mehr Wohnraum geschaffen werden. Der Mangel an **bezahlbarem Wohnraum** stellt in vielen Regionen nach wie vor ein gravierendes soziales Problem dar. Allerdings hat die Bundesregierung mit der Wohnraumoffensive wesentliche Schritte in die richtige Richtung unternommen, etwa durch die Verstetigung der sozialen Wohnraumförderung oder die Einführung der Sonderabschreibung im Mietwohnungsbau. Angesichts der Herausforderung sind weitergehende Maßnahmen zur Stimulierung des Wohnungsbaus erforderlich. So sollte in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten der Abschreibungssatz im Mietwohnungsbau dauerhaft erhöht werden. Angesichts des rückläufigen Bestands an Sozialwohnungen müsste die soziale Wohnraumförderung des Bundes von 1 Mrd. Euro auf mindestens 3 Mrd. Euro pro Jahr steigen.

Zugleich kommt es auch aus Sicht des bbs darauf an, die erforderlichen Baumaßnahmen mit einer kontinuierlichen Steigerung der Ressourceneffizienz und einem entschlossenen Klimaschutz entlang der gesamten Wertschöpfungskette Bau zu verknüpfen. **Technologieoffenheit** ist eine zentrale Voraussetzung für den Innovationswettbewerb um nachhaltige und klimaschonende Lösungen. Wettbewerbsverzerrungen sind hingegen kontraproduktiv. Alle Baustoffe müssen ihren Beitrag zum klimaneutralen Bauen und Wohnen leisten. Zudem dürfen die Anstrengungen zur Dekarbonisierung der Produktion nicht durch Wettbewerbsverzerrungen am Baustoffmarkt konterkariert werden.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie bekennt sich auch mit Blick auf ihre eigene Produktion zu einem ambitionierten Klimaschutz. Sie setzt als energieintensive Branche ohnehin auf möglichst energieeffiziente Produktionsprozesse. Die kontinuierliche Steigerung der Energieeffizienz führt auch zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Allerdings kommen die klassischen verfahrenstechnischen Maßnahmen an ihre Grenzen. Notwendig ist eine umfassende **Dekarbonisierung der Baustoffproduktion** einschließlich der prozessbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen etwa der Zementherstellung. Unternehmen und Verbände der Baustoffindustrie entwickeln derzeit **konkrete Roadmaps** für eine klimaneutrale Produktion. Letztere erfordert nicht nur den Einsatz neuer Technologien, sondern auch den Aufbau der Infrastruktur für den Transport

von CO<sub>2</sub> und Wasserstoff sowie eine hohe Verfügbarkeit erneuerbarer Energien. Erforderlich sind in jedem Fall **massive Investitionen**. Neben der Technologieoffenheit am Baustoffmarkt müssen daher auch die klima-, energie- und industriepolitischen **Rahmenbedingungen** in Deutschland und der EU stimmen. Eine Ausweitung des bestehenden EU-Emissionshandels-systems auf den Gebäude- und Verkehrssektor wäre mit Blick auf die strukturellen Unterschiede der Sektoren aus Sicht der Grundstoffindustrien zumindest zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv. Die Verrechnung negativer CO<sub>2</sub>-Emissionen hingegen wäre nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern auch ein zusätzlicher Anreiz im Transformationsprozess.

Die Wiederverwertung der Ressourcen aus dem Rückbau und Abriss von Bauwerken ist in Deutschland auf einem hohen Niveau. Rund 95% der körnigen Bau- und Abbruchabfälle werden heute wiederverwertet. Die Ausschöpfung von Optimierungspotenzialen bei der Verwertung und beim Recycling mineralischer Bauabfälle sollte durch eine **Verbesserung des Abfallregimes** flankiert werden. Dies gilt – Stichwort Mantelverordnung – nicht zuletzt für bundesweite Regelungen zur Auflösung umweltpolitischer Zielkonflikte zwischen Ressourceneffizienz und Medienschutz. Die **Digitalisierung des Bausektors** kann dazu beitragen, die Verwertung weiter zu steigern und die Wiederverwendung von Bauteilen zu unterstützen. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt daher Bestrebungen, die BIM-Methodik praxisgerecht zu entwickeln und zügig in der Praxis zu etablieren. Mit BIM-Objektdaten und vielen weiteren digitalen Produktinformationen trägt die Branche bereits heute zur Digitalisierung in der Wertschöpfungskette Bau bei.

Zur Reduzierung des zusätzlichen Flächenverbrauchs bei gleichzeitiger Schaffung von mehr Wohnraum kann die innerstädtische **Nachverdichtung** durch Lückenschließungen sowie Aufstockungen und Dachausbauten sinnvolle Beiträge leisten. Hier wurden bereits erste Anpassungen der Musterbauordnung zur Erleichterung von Aufstockungen bzw. Dachausbauten auf den Weg gebracht. Der Abbau weiterer bürokratischer Hemmnisse (z.B. reduzierte Anforderungen an Stellplätze und Abstandsflächen) erscheint ebenso sinnvoll wie der Aufbau von Potenzialflächenkatastern, sofern der Aufwand dafür in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen steht. Dennoch wird weiterhin auch Außenentwicklung erforderlich sein, um den Wohnraummangel zu bekämpfen. Bei der Wahl zwischen Ausbau und Sanierung auf der einen bzw. **Ersatzneubau** auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass beim Neubau mit einem im Vergleich höheren Ressourceneinsatz ein energie- und flächeneffizienteres Gebäude geschaffen werden kann. Die Entscheidung ist daher ein Abwägungsprozess über den Lebenszyklus.

## **Forderungen des Antrags**

Zu den Forderungen des Antrags nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt den Vorschlag auf umfassende Technologieoffenheit im Gebäudesektor. Die Bevorzugung einzelner Baustoffe, Techniken oder

- Bauweisen würde hingegen den Innovationswettbewerb um nachhaltige und klimaschonende Lösungen aushebeln.
2. Der bbs hat die Entwicklung der Mantelverordnung von Beginn an begleitet und setzt sich im aktuellen Anhörungsverfahren erneut dafür ein, die Verordnung jetzt zu verabschieden. Die Vorteile einer rechtssicheren, bundeseinheitlichen Verordnung überwiegen die Nachteile. Schwachstellen, die einer verstärkten Nutzung von Recyclingbaustoffen bisher noch entgegenstehen, können im Rahmen der vorgesehenen Evaluation behoben werden.
  3. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist bei sorgfältiger Ausgestaltung ein mögliches Instrument, um Klimaziele effektiv und effizient zu erreichen. Eine Ausweitung des bestehenden EU-Emissionshandelssystems für Energiewirtschaft und Industrie auf die Sektoren Gebäude und Verkehr hingegen ist nicht zielführend und weist erhebliche industriepolitische Risiken auf. Aufgrund struktureller Unterschiede zwischen den Sektoren in punkto Wettbewerbssituation, Vermeidungskosten und „Zahlungsbereitschaft“ der Nachfrage wäre mit massiven Verwerfungen in der Industrie zu rechnen. Deshalb lehnen alle Grundstoffindustrien die Ausweitung des bestehenden Emissionshandelssystems zumindest zum jetzigen Zeitpunkt ab. Aus heutiger Sicht wäre folglich nur ein separates Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäude auf europäischer Ebene denkbar.
  4. Der Ansatz, negative CO<sub>2</sub>-Emissionen über das Emissionshandelssystem anrechenbar zu machen, ist aus Sicht des bbs grundsätzlich zu begrüßen. Es könnten so zusätzliche Anreize im notwendigen Transformationsprozess gesetzt werden. Dabei sollten auch vermiedene Emissionen durch Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung berücksichtigt werden.
  5. Wie bereits zu Forderung 1 ausgeführt, spricht sich die Baustoff-Steine-Erden-Industrie für Technologieoffenheit aus. Sie ist ein zentraler Treiber im Innovationswettbewerb um nachhaltige und klimaschonende Lösungen. Um ökologische, ökonomische und soziale Belange optimal zu berücksichtigen, spricht sich der bbs zudem für die breite Nutzung von Bewertungssystemen zur Nachhaltigkeit auf Bauwerksebene aus.
  6. Der bbs unterstreicht die Vorbildfunktion des Bundes bei Neubauten und Sanierungen. Mit dem BNB-System ist der Bund diesbezüglich bereits eine Selbstverpflichtung eingegangen. Die Digitalisierung kann einen zusätzlichen Beitrag leisten, die Effizienz der Gebäude über ihren gesamten Lebenszyklus zu verbessern.
  7. Unterstützt wird der Vorschlag, eine Studie zur CO<sub>2</sub>-Bilanzierung von Gebäuden durchzuführen, um Eigentümern geeignete Instrumente für ihre Investitionsentscheidungen an die Hand zu geben. Gerade für energetische Sanierungen fehlen solche schlanken Instrumente bisher, obwohl sie dazu beitragen könnten, die Sanierungsquote zu steigern.
  8. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie spricht sich auch für ein Potenzialflächenkataster aus, um auf erweiterter Datenbasis ein insgesamt besseres Flächenmanagement zu erreichen.
  9. Der bbs unterstützt die Idee einer Dach-Offensive, da so im Rahmen bestehender Strukturen eine Vielzahl neuer Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten geschaffen werden kann. Die durch die TU Darmstadt und das Pestel-Institut erstellte „Deutschlandstudie 2019“ zu Wohnraumpotenzialen in urbanen Lagen geht davon aus, dass allein auf

den Wohngebäuden der 1950er bis 1990er Jahre theoretisch bis zu 1,5 Mio. neue Wohnungen entstehen könnten. Die bereits erfolgten Schritte zur Vereinfachung von Aufstockungen und Dachausbauten sollten daher unter Federführung der Bundesregierung zu einem Gesamtpaket zur Beseitigung ordnungsrechtlicher Hemmnisse weiterentwickelt werden.

10. Zu den Vor- und Nachteilen der Regulierung des Wohnungsmarktes bzw. der Mietpreisentwicklung bestehen unterschiedliche Auffassungen. Ein entscheidender Faktor für sozialverträgliche Mieten ist die Erhöhung des Wohnungsangebotes.

## **Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bauwende einleiten – Für eine ressourcenschonende Bau- und Immobilienwirtschaft“ (BT-Drucksache 19/23152)**

### **Feststellungen des Antrags**

Die Feststellung von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Bausektor zu den Wirtschaftssektoren mit dem höchsten **Ressourcenverbrauch** gehört, trifft zweifellos zu. Wenngleich in Deutschland seit mehreren Jahren ein signifikanter Trend zur De-Materialisierung des Bauens verzeichnet werden kann, hat sich die **Nachfrage** nach mineralischen Roh- und Baustoffen zuletzt stabil entwickelt. Dies ist u.a. auf die Notwendigkeit zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zurückzuführen. Gleiches gilt für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur bzw. den Abbau des immer noch beträchtlichen Investitionsstaus bei Bund, Ländern und Kommunen. Nach der Rohstoffstudie, die der bbs u.a. beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kontinuierlich beauftragt, dürfte sich die Nachfrage nach mineralischen Roh- und Baustoffen bis 2035 weitgehend auf dem heutigen Niveau einpendeln (Förderung aller Steine-Erden-Primärrohstoffe einschließlich der Rohstoffe für industrielle Anwendungen: etwa 560 Mio. t/a, Einsatz von Sekundärrohstoffen: rund 100 Mio. t/a). Dies ist auch auf das **Leistungsspektrum** mineralischer Roh- und Baustoffe einschließlich innovativer Lösungen für den Massiv-, Leicht- und Hybridbau zurückzuführen. Fest steht: Ohne die Produkte der mineralischen Roh- und Baustoffindustrie können die baupolitischen Herausforderungen einschließlich der Energiewende nicht bewältigt werden. Fest steht aber auch: Die Herausforderungen des ressourceneffizienten und klimaschonenden Bauens müssen konsequent angenommen werden. Dabei kommt es auf eine **rationale, evidenzbasierte und faire Abwägung** an, die dann auch international überzeugen kann. Die mineralische Roh- und Baustoffindustrie ist sich ihrer **Verantwortung** bewusst. Sie setzt im Diskurs mit den Partnern in der Wertschöpfungskette Bau, mit Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie der Politik auf einen nachhaltigen Ausgleich wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Herausforderungen.

Dies gilt auch für die kontinuierliche Steigerung der **Ressourceneffizienz** u.a. durch den Einsatz von Sekundärrohstoffen und rezyklierten Gesteinskörnungen. So beläuft sich die Verwertung mineralischer Bauabfälle nach dem aktuellen Monitoringbericht der Initiative Kreislaufwirtschaft Bau über alle Abfallfraktionen auf rund 90%. Bei Bauschutt, Straßenaufbruch und

Baustellenabfällen liegt die **Verwertungsquote** sogar bei 95%. Damit werden die ambitionierten Vorgaben der EU bereits heute erfüllt. Von Downcycling sollte nicht gesprochen werden, solange Sekundärrohstoffe für Bauaufgaben notwendige Primärrohstoffe ersetzen. Allerdings bestehen **Optimierungspotenziale** bei der Verwertung und beim Recycling mineralischer Bauabfälle, die auf Basis bereits abgeschlossener oder laufender F&E-Projekte ausgeschöpft werden sollen. Die umweltpolitischen Zielkonflikte zwischen der Steigerung der Ressourceneffizienz einerseits und dem Boden- bzw. Gewässerschutz andererseits – Stichwort Mantelverordnung – müssen zur weiteren Verbesserung der Situation entschlossen aufgelöst werden. Zudem sollten qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe zügig aus dem Abfallregime entlassen werden, um ihr Potenzial für die Kreislaufwirtschaft vollständig zu heben. Insgesamt sind Bauwerke konsequent an den Prinzipien des Nachhaltigen Bauens auszurichten. Neben dem **Aufwand** (Materialinput) ist der **Nutzen** von Bauprodukten und Bauwerken in punkto Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Energieeinsparung, Langlebigkeit sowie Schall- und Brandschutz angemessen zu bewerten.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie, die derzeit in Deutschland noch rund 30 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr direkt emittiert, bekennt sich zu einem ambitionierten **Klimaschutz**. Sie setzt als energieintensive Branche ohnehin auf energieeffiziente Produktionsprozesse. Die kontinuierliche Steigerung der Energieeffizienz führt auch zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Allerdings stoßen klassische technische Maßnahmen an Grenzen, zumal nicht nur energie- sondern auch prozessbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch reduziert werden müssen. Ziel ist die Bereitstellung klimaneutraler mineralischer Baustoffe. Unternehmen und Verbände der Baustoffindustrie entwickeln daher konkrete **Roadmaps**, die u.a. den Einsatz CO<sub>2</sub>-armer Brennstoffe und Materialien umfassen. Subsektoren mit hohen prozessbedingten Emissionen wie die Kalk- und Zementindustrie sind aber auch auf die CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung angewiesen. Erforderlich sind in jedem Fall **massive Investitionen**. Dafür müssen die klima-, energie- und industriepolitischen **Rahmenbedingungen** in Deutschland und der EU stimmen.

Die Feststellung von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Abbau von Rohstoffen „zu oft“ mit einer „irreversiblen Zerstörung“ von Landschaften und Lebensräumen einhergeht, trifft für Deutschland auf keinen Fall zu. Die **Abbaufläche**, die pro Jahr von der Baustoff-Steine-Erden-Industrie in Anspruch genommen wird, beträgt nach Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) insgesamt 0,005 % der Landesfläche. Förderung und Lieferung der Steine-Erden-Rohstoffe erfolgen weitgehend regional, die Transportstrecken sind relativ kurz. Zwar ist die **Rohstoffgewinnung** vor Ort mit einem Eingriff in Natur und Landschaft verbunden. Allerdings erfolgt die Inanspruchnahme der Abbauflächen umweltverträglich und temporär; sie lässt sich damit in unterschiedliche regionale Entwicklungskonzepte einpassen. In diesem Zusammenhang ist auch auf umfassende Kompensationspflichten zu verweisen, die durch moderne Instrumente wie z.B. Ökokonten und eigene Initiativen der Unternehmen flankiert werden. Hinzu kommt: Nicht nur ehemalige, sondern auch betriebene Abbauflächen bieten wertvollen Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen. Durch eine ausgefeilte Renaturierung trägt die Baustoff-Steine-Erden-Industrie aktiv zur **Biodiversität** bei. Dies wird nicht nur

von der Bundesregierung, Landesregierungen (etwa in Baden-Württemberg) und der EU-Kommission, sondern auch von Umweltverbänden ausdrücklich anerkannt. Zur bundesweiten Dokumentation steht der Aufbau einer Biodiversitätsdatenbank kurz vor dem Abschluss. Dass die im Antrag zitierte „Sand-Mafia“ in keiner Weise die Situation in Deutschland prägt, versteht sich von selbst. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass sich international aktive Unternehmen aus Deutschland bzw. der EU an allen Standorten für eine umweltverträgliche Rohstoffgewinnung einsetzen. Der bbs steht gerne für einen Diskurs zur internationalen Lage zur Verfügung.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie arbeitet an vielen **Initiativen** zur nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit. Dies gilt u.a. für den Runden Tisch der Bundesregierung zum nachhaltigen Bauen. Zudem haben der bbs und seine Mitglieder das Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) und die Rohstoffstrategie des Bundes intensiv begleitet. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie wird auch künftig die komplexen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung entlang der gesamten Wertschöpfungskette annehmen. Dabei ist sie als kapitalintensive Branche auf faire Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit angewiesen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den massiven Strukturwandel, der mit der **Dekarbonisierung** der Baustoffproduktion verbunden ist. Entscheidend für die Entwicklung am Bau- und Baustoffmarkt ist **Technologieoffenheit**. Sie ist ein zentraler Treiber im Innovationswettbewerb um nachhaltige Lösungen. Alle Baustoffe und Bauweisen müssen ihren Beitrag zum ressourceneffizienten Bauen und Wohnen leisten. Staatlich induzierte Wettbewerbsverzerrungen am Baustoffmarkt, die sich weder wirtschaftlich noch ökologisch begründen lassen, sind kontraproduktiv. Ein weiterer wichtiger Hebel zur Entwicklung des Sektors ist die im Antrag adressierte **Digitalisierung** der Bauprozesse, die auch zum Klimaschutz und zur Ressourceneffizienz beitragen wird. Im Antrag wird zu Recht auf die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der bauausführenden Wirtschaft hingewiesen. Dies gilt auch für die Baustoff-Steine-Erden-Industrie, die direkt rund 150.000 qualifizierte und sozialversicherungspflichtige **Arbeitsplätze** in Deutschland sichert.

## **Forderungen des Antrags**

Zu den Forderungen des Antrags nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt die Weiterentwicklung des GEG, da Energie und andere Ressourcen zusammengedacht werden müssen. Zentrales Element der Weiterentwicklung sollte eine auf Nachhaltigkeitskriterien beruhende Lebenszyklusbetrachtung von Bauwerken sein. Die Branche liefert dafür mit Umweltproduktdeklarationen schon heute erforderliche Basisdaten. Einer verpflichtenden Nachhaltigkeitsbewertung auf Bauwerksebene stehen wir positiv gegenüber, da diese eine technologieoffene Gesamtbewertung unter Einbeziehung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte erlaubt.

2. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie liefert mit rund 2.500 Umweltproduktdeklarationen auf freiwilliger Basis bereits heute Basisinformationen zu Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Ressourcenaspekten, die durch eine Änderung der Musterbauordnung verstärkt werden sollen. Insofern stehen wir dem Vorschlag offen gegenüber. Allerdings ist zu bedenken, dass die Bauordnung bislang auf Gefahrenabwehr fokussiert und bei Aufnahme von Vorsorgeaspekten, wie der Ressourcenschonung, erheblich erweitert werden müsste.
3. Der Vorschlag, Ressourcenschonung u.a. durch die Verankerung des (selektiven) Rückbaus in der VOB zu befördern, sollte geprüft werden.
4. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt die Ansätze zur Förderung der Digitalisierung im Bausektor. Die Branche nutzt die Digitaltechnik bereits recht intensiv, von der Steuerung ihrer Produktionsprozesse über die Bereitstellung digitaler Objektdaten für die Planung bis hin zur Rechnungslegung, um Prozesse in der Wertschöpfungskette effizienter zu gestalten. Die Forderung, „ein flächendeckendes Abgrabungsmonitoring als Bestandteil der Raumplanung zu etablieren, um bedarfsgerechte und schonende Flächenausweisungen und Neugenehmigungen zu ermöglichen“, muss im Hinblick auf dessen Möglichkeiten und Grenzen diskutiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Rohstoffgewinnung in der Baustoff-Steine-Erden-Industrie grundsätzlich nachfrageorientiert und nicht bedarfsweckend erfolgt. Zu berücksichtigen sind zudem Spezifika der diversen Rohstoffe, die geologische Verteilung der Lagerstätten sowie überregionale Lieferbeziehungen. Ein Abgrabungsmonitoring müsste zudem mit einer zielförmigen Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsflächen für die Rohstoffgewinnung einhergehen. Dies könnte bei adäquater Ausgestaltung zu effizienten, transparenten und verlässlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren beitragen. Mehr Planungssicherheit würde allen Beteiligten nutzen.
5. Produktverantwortung: Seit über 30 Jahren besteht ein herstellerunabhängiges Rücknahmesystem, das aus mehreren Tausend regionalen Recycling-Anlagen besteht, in denen mineralische Bau- und Abbruchabfälle aufbereitet werden. Die umweltgerechte Wiederverwertung der mineralischen Sekundärrohstoffe liegt heute bei insgesamt 90% bzw. bei 95% für körniges Material und damit deutlich über den Vorgaben der EU. Es ist fraglich, ob Positivlisten oder Recyclingquoten die Wiederverwertung weiter steigern könnten. Hilfreich ist auf jeden Fall die im Antrag geforderte verstärkte Förderung von Recycling-Technologien. Regelungen zum Ende der Abfalleigenschaft und eine Verbesserung der Akzeptanz von Sekundärbaustoffen stellen weitere Meilensteine dar, um zu vollständig geschlossenen Stoffkreisläufen zu kommen.
6. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie setzt auf Technologieoffenheit. Dies gilt selbstverständlich auch für den Wettbewerb mit dem Baustoff Holz. Insofern ist zu begrüßen, dass in dem Antrag Nachhaltigkeitskriterien für alle Baustoffe einschließlich Holz gestellt werden. Die Bevorzugung einzelner Baustoffe würde hingegen den Innovationswettbewerb um nachhaltige Lösungen aushebeln. Zudem würde verkannt, dass jeder Baustoff eine spezielle konstruktive Ausgestaltung des Bauwerks verlangt. Die Optimierung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange kann übergreifend daher nur auf Bauwerkebene erfolgen, z.B. mit verbindlichen Systemen zur Nachhaltigkeitsbewertung. An eine



solche Bewertung können dann Anforderungen oder auch Fördermaßnahmen gekoppelt werden. Im Übrigen zeigt sich am Beispiel der Hybridbauweise, dass die jeweiligen Vorzüge nachwachsender und mineralischer Baustoffe verknüpft werden können, um u.a. den baulichen Anforderungen an den Feuchtigkeits-, Schall- und Brandschutz gerecht zu werden.

7. Auch mit Blick auf die Förderung des Einsatzes nachwachsender Baustoffe spricht sich die Baustoff-Steine-Erden-Industrie für Technologieoffenheit und eine Nachhaltigkeitsbewertung auf Bauwerksebene aus. Durch Modellprogramme kann die technologische Entwicklung aller Baustoffe vorangebracht werden. Die KfW-Förderung eines „Effizienzhauses Nature+“ würde hingegen der Technologieoffenheit widersprechen. Effektiver könnte die KfW-Förderung technologieoffen an eine Nachhaltigkeitsbewertung des Bauwerks gekoppelt werden. Damit kann auch eine einheitliche internationale Zertifizierung verbunden werden.
8. Die Förderung von Innovationen u.a. in der „Zement- und Stahlbranche als bauindustrielle[n] Kernsektoren“ ist zu begrüßen. Dies muss selbstverständlich auch für andere Bauzulieferer gelten. Im Prinzip ist es richtig, die EU zum Leitmarkt für CO<sub>2</sub>-neutrale Produkte zu machen. Hier wird es wesentlich auf die Ausgestaltung des „Green Deal“ ankommen. Quoten für CO<sub>2</sub>-neutrale Baustoffe sind – jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt – nicht zielführend, da die notwendigen Breakthrough-Technologien trotz bereits laufender industrieller Pilot- und Demonstrationsprojekte noch nicht zur Verfügung stehen. Darüber hinaus fehlt derzeit noch die zur Dekarbonisierung der Produktion erforderliche flächendeckende Infrastruktur für Wasserstoff, grünen Strom und CO<sub>2</sub>. Ob bzw. inwieweit produktspezifische Quoten oder alternative Instrumente perspektivisch einen Markthochlauf CO<sub>2</sub>-neutraler Baustoffe sinnvoll anreizen könnten, ist sorgfältig zu prüfen. Grundsätzlich gilt, dass die Technologieoffenheit und der Innovationswettbewerb um klimaschonende Lösungen nicht behindert werden darf.
9. Die kritisierten Entlastungstatbestände im Bereich der Energie- und Stromsteuer bestehen im Einklang mit den einschlägigen Vorgaben der EU und sichern die Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft der Grund- und Baustoffindustrie in Deutschland. Dies gilt nicht zuletzt für elektrischen Strom als Transformationsenergie. Leitinstrument beim Klimaschutz für die Baustoffindustrie ist der EU-Emissionshandel sowie – für kleinere Industrieanlagen – der nationale Brennstoff-Emissionshandel. Mehrfachbelastungen machen keinen Sinn. Künftig ist zu prüfen, wie die Vielzahl an Regelungen im Energie- und Klimabereich zu einem konsistenten Instrumentenmix (national/europäisch) weiterentwickelt werden kann. Dabei gilt es Carbon Leakage zu vermeiden und den Umstieg auf Transformationstechnologien zu erleichtern.
10. Eine Abgabe auf Primärbaustoffe ist aus Sicht des bbs nicht zielführend. Die angestrebte ökologische Lenkungswirkung dürfte u.a. aufgrund des bedarfsdeckenden Charakters der Steine-Erden-Gewinnung und der begrenzten Substitutionspotenziale durch Recycling-Baustoffe und nachwachsende Rohstoffe verfehlt werden. Eine rein fiskalische Verteuerung des Bauens aber würde wichtige baupolitische Ziele konterkarieren. Dies gilt z.B. für die Sanierung des Baubestandes und den Neubau bezahlbaren Wohnraums. Die



Bundesregierung hat daher zu Recht auf die Einführung von Rohstoffsteuern verzichtet. Zudem weist die Evaluierung bestehender Primärbaustoffsteuern etwa in Großbritannien oder Schweden erhebliche fachliche Defizite u.a. in der Abgrenzung zu Effekten anderer, paralleler Maßnahmen auf. Es sollte daher auf die Ausgestaltung wirksamer Anreize zur Steigerung der Ressourceneffizienz gesetzt werden, die im Antrag an anderer Stelle genannt werden.

11. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt den Ausbau von Selbstverpflichtungen des Bundes, da dadurch dessen Vorreiterrolle weiter gestärkt wird. Der Bund hat sich für seine Bauwerke bereits verpflichtet, diese nach dem BNB-System mindestens im Silber-Standard zu bauen. Hieran kann angeknüpft werden. Fraglich ist indes, ob Quoten für Rezyklate in öffentlichen Ausschreibungen zielführend sind, denn dazu müssen Angebot und Nachfrage regional in qualitativer wie quantitativer Hinsicht übereinstimmen. Werden Rezyklate über weite Strecken transportiert, kehren sich ökologische Vorteile schnell ins Gegenteil um. Entsprechende Studien unserer Branche haben dies bestätigt. Um den Einsatz von Rezyklaten zu steigern, gibt es bessere Optionen. So wäre es wichtiger, dass Rezyklate bereits nach der Aufbereitung das Ende der Abfalleigenschaft erreichen, wodurch ihre Verwendung erleichtert und Quoten verzichtbar wären.
12. Wie bereits ausgeführt, spricht sich die Baustoff-Steine-Erden-Industrie für Technologieoffenheit und die konsequente Anwendung von Nachhaltigkeitsbewertungen auf Bauwerksebene aus. Eine Koppelung der KfW-Gebäudeprogramme an Nachhaltigkeitsbewertungen würde der bbs unterstützen.
13. Grundsätzlich wäre ein Ausbau der Energieberatung um das Thema Ressourcenschonung sinnvoll, da die Beratungs-Infrastruktur bereits angelegt ist und genutzt werden könnte. Inhaltliche Voraussetzung wäre die Festlegung überzeugender Kriterien zur Messung und Beurteilung der Ressourcenschonung.
14. Ein Ausbau der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung mit dem Ziel, das Thema Ressourcenschonung breiter zu verankern, wird unterstützt.
15. Eine Forschungsinitiative zu alternativen Gipsrohstoffquellen ist zu begrüßen. Hierzu wurden und werden nationale und europäische Forschungsvorhaben durchgeführt, auf die Bezug genommen werden sollte. Das Recycling von Gipsplatten wird vor allem durch abfallrechtliche Hürden beschränkt, die dringend abgebaut werden sollten. Allerdings wird auch eine vollständige Ausschöpfung der Recyclingpotenziale den Bedarf an Gipsrohstoffen nicht decken können. Auch eine Substitution durch Gipsersatzstoffe ist aufgrund der spezifischen Leistungsmerkmale von Gipsplatten nur sehr eingeschränkt möglich. Der fortschreitende Wegfall von REA-Gips im Zuge der Energiewende ist daher laut Kohlekommission „durch eine zusätzliche umweltverträgliche Gewinnung von Naturgips auszugleichen“. In diesem Zusammenhang ist auf die Bedeutung von Gipsplatten für die urbane Nachverdichtung und die Gebäude-Aufstockung in Leichtbauweise hinzuweisen.
16. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie setzt auf eine kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz, eine umweltverträgliche Rohstoffgewinnung und die Stärkung der Biodiversität. Internationale Abkommen, die hierbei die Erfahrungen in Deutschland und der EU einbeziehen, würden begrüßt.

## **Begründung des Antrages**

Hier wird auf die bisherigen Ausführungen der Stellungnahme verwiesen. Weitere Schritte zur kontinuierlichen Steigerung der Ressourceneffizienz werden vom bbs befürwortet. Entscheidender Hebel ist die Technologieoffenheit im Innovationswettbewerb um nachhaltige Lösungen. Außerdem ist die kapitalintensive Baustoffindustrie angesichts des notwendigen Strukturwandels zur Dekarbonisierung der Produktion auf Investitionssicherheit angewiesen. Die Bedeutung der damit verbundenen Herausforderungen wird im Antrag zu Recht herausgestellt, wobei die Vorschläge teilweise weiter ausgeführt und diskutiert werden müssen. Dies gilt z.B. für die steigende Rolle grünen Stroms bei der Transformation der Baustoffindustrie. Zum Strukturwandel des Bauens kann ohne Zweifel die im Antrag geforderte Digitalisierung der Bauprozesse beitragen. Eine Abgabe auf Primärbaustoffe ist aufgrund der aus unserer Sicht fehlenden und zumindest fragwürdigen ökologischen Lenkungswirkung nicht zielführend oder sogar kontraproduktiv, zumal andere Instrumente bereits angewandt und weiterentwickelt werden können.

**Berlin, 23.02.2021**

## **Zur Branche und zum Bundesverband**

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie sichert direkt 150.000 qualifizierte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Deutschland. Trotz partiell starker Internationalisierung ihrer Unternehmen leistet sie überall einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Insgesamt erzielen 6.000 kleine, mittlere und große Betriebe in Deutschland einen Jahresumsatz von 35 Mrd. Euro.

Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (bbs) ist der Dachverband der Branche. Mitglieder des bbs sind 15 Fachverbände, die die Subsektoren der Branche repräsentieren, sowie vier Direktmitglieder und 10 außerordentliche Mitglieder. Der bbs ist Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und bei Construction Products Europe (CPE). Zu anderen Industriebranchen, der Bauwirtschaft, den Gewerkschaften IG BAU und IG BCE sowie Umweltverbänden bestehen gute Arbeitsbeziehungen.

## **Ansprechpartner**

Michael Basten, Hauptgeschäftsführer

Mail: [m.basten@bvbaustoffe.de](mailto:m.basten@bvbaustoffe.de)